



Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu „Planungssicherheit für Menschen mit Perspektive – Integration durch Ausbildung und Berufstätigkeit“ (Drucksache 20/3463)

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird folgender Punkt ergänzt:

- Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, grundsätzliche Arbeitsverbote für Schutzsuchende bzw. Geflüchtete abzuschaffen. Dies betrifft insbesondere die Einschränkung, erst nach Ablauf von drei bzw. sechs Monaten einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

Serpil Midyatli
und Fraktion